

Machen Sie mit beim Initiativkreis Volksentscheid gegen Atomanlagen

Brigitte Gollwitzer (Bundesvorsitzende der Gustav Heinemann Initiative, GHI)
Prof. Dr. Jürgen Seifert (Bundesvorsitzender der Humanistischen Union e. V.)
Prof. Dr. Gerhard Thielecke (Stellv. Bundesvorsitzender des Bundes für Umwelt- und Naturschutz, BUND)
Petra Kelly (MdB, Grace P. Kelly Vereinigung zur Unterstützung der Krebsforschung für Kinder e. V.)
Klaus Vack (Sekretär vom Komitee für Grundrechte und Demokratie)
Prof. Dr. Helmut Gollwitzer (Theologe)
Dr. Beatrix Tappeser (Stellv. Vorstandssprecherin Okoinstitut Freiburg)
Ina Dieter (Musikerin)
Dr. Christa Reißner (Pressesprecherin der Badisch Elsassischen Bürgerinitiativen)
Lukas Beckmann (DIE GRÜNEN, Sprecher im Bundesvorstand)
Karl Bergmann (Okobank-Initiative)
Gerd Billen-Girmscheid (Die Verbraucher Initiative e. V.)
Wolfgang Drogmann (Robin Wood, Mitglied des Bundesvorstandes)
Joschka Fischer (Minister für Umwelt und Energie, Hessen)
Herbert Grünemeyer (Musiker)
Wilfried Kuntzsch (Bürgerinitiative Stop Kalkar, Kläger gegen den Schnellen Brüter)
Jo Leinen (Minister für Umwelt, Saarland)
Ewald Lienen (Bundesliga-Fußballspieler, Sportler für den Frieden, Friedensliste)
Günther Lott (Apotheker, Friedenssteuerinitiative, FSI)
Ulla Meinecke (Sängerin, Autorin)
Barbara Senft (Frauen für den Frieden)
Michael Sexauer (Volksbegehren für den Frieden Baden-Württemberg)
Marlin Singe (Initiative Kirche Von Unten, IKVU)
Konstantin Wecker (Texter, Musiker, Sänger)
Johannes Stüttgen (Freie Internationale Universität, FIU)

Prof. Dr. Horst-Eberhard Richter (Internationale Ärzte zur Verhütung eines Atomkrieges, IPPNW)
Andreas Zumach (Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste)
Trude Unruh (Graue Panther)
Ilans Schutierer (Landrat im Landkreis Schwandorf)
Christa Reetz (Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz)
Karlheinz Koppe (Pax Christi)
Monika Grlefahn (Vorstand Greenpeace International)
Werner Konias (Sprecher des Dachverbandes der Oberpfälzer Bürgerinitiativen gegen die WAA)
Dr. Jens Scheer (Professor für Kernphysik Universität Bremen)
Michael Bader (Aktion Dritter Weg)
Gert Bastian (MdB, Generale für den Frieden)
Ulli Beller (Geschäftsführer des Deutschen Umwelttages)
Gerald Häfner (Aktion Volksentscheid)
Wilfried Heidt (Arbeitsgemeinschaft Demokratie und Recht)
Arno Huber (Netzwerk, Arbeitsgemeinschaft Sozialpolitischer Arbeitskreis, SPAK)
Prof. Dr. Robert Jungk (Publizist)
Matthias Kollatz (Stellv. Bundesvorsitzender der Jungsozialisten in der SPD)
Brigitte Kreukers (Organisation für Direkte Demokratie)
Marie Marcks (Karikaturistin)
Detlef zum Winkel (Hessisches Volksbegehren für den Frieden)
Wolfgang Niedecken (Komponist, Texter, Gruppe BAP)
Henning Obst (Vereinigung Demokratischer Juristen, VDJ)
Karl Friedrich Osenberg (Bauer, Arbeitsgemeinschaft Bäuerliche Landwirtschaft-Bauerblatt)
Alexander Schubart (Bundeskongreß Unabhängiger Friedensgruppen, BUFG)
Prof. Dr. Ernst Schubert (Mathematiker, Mitbegründer der Freien Hochschule für Anthroposophische Pädagogik)

Die Atomkatastrophe von Tschernobyl — Welche Konsequenzen ziehen wir daraus?

Ein Offener Brief

Liebe Freundinnen und Freunde, sehr geehrte Damen und Herren,

wir müssen die Atomkatastrophe von Tschernobyl, diese deutlichste Warnung seit Hiroshima und Nagasaki, zum Anlaß nehmen, so schnell wie möglich die **Abschaltung aller Atomanlagen** zu erreichen.

Die unmittelbare Betroffenheit sehr vieler Menschen hat in den letzten Tagen an vielen Orten zu Aktionen, Demonstrationen, Appellen, Unterschrifteninitiativen und Anzeigen in verschiedenen Zeitungen geführt. Dies sind wichtige und notwendige Teile eines Protestes gegen die umfassende Gefährdung unseres Lebens und unserer Lebensgrundlagen. In den letzten Jahren und Jahrzehnten — wir erinnern an die starke Anti-Atomtod-Bewegung der 50er und 60er Jahre und an die Anti-AKW-Bewegung der 70er Jahre — haben zwar viele Menschen aktiv gegen den Atomstaat protestiert, doch letztlich ist das Atomprogramm im zivilen und militärischen Bereich weiter und weiter ausgebaut worden.

Wir halten es deshalb für erforderlich, daß wir unsere Protestformen erweitern. Was den Menschen in Schweden, in Österreich, in der Schweiz, in Spanien und anderen Ländern möglich ist, darf auch uns nicht länger verwehrt werden. **Wir brauchen einen bundesweiten Volksentscheid über die Abschaltung aller Atomanlagen, bei dem jede/r Bürger/in verbindlich mit Ja und Nein abstimmen kann.** Obwohl das Grundgesetz der Bundesrepublik in Art. 20/2 neben Wahlen auch ausdrücklich Abstimmungen vorsieht, gibt es hierzu bisher auf Bundesebene keine Ausführungsbestimmungen. Anders in den meisten Bundesländern: Hier sind Volksbegehren und Volksentscheid möglich und mit diesem Instrument wurde ja in den letzten Jahren auch in Hessen, in Baden-Württemberg und in Bayern versucht, die Startbahn-West, die Stationierung von neuen atomaren Mittelstreckenraketen und die Wiederaufarbeitungsanlage zu verhindern. Unterschriften gab es in sehr kurzer Zeit genug, doch die Volksbegehren wurden wegen der Zuständigkeit des Bundes vom Gericht verworfen.

Deshalb: Um nicht ein weiteres Mal bei Appellen stehen zu bleiben, die für die verantwortliche Regierung keiner Konsequenzen haben — die Anti-Atomtod-Bewegung erreichte 1958 über zehn Millionen Unterschriften, der Krefelder Appell sieben Millionen — müssen wir uns jetzt zusammenschließen und mit vielen Menschen, Gruppen, Initiativen und Verbänden, die sich seit langem oder auch erst jetzt einer Anti-Atompolitik verpflichtet fühlen, einen bundesweiten Volksentscheid gegen Atomanlagen durchsetzen.

Es ist an der Zeit: Wir müssen uns demokratische Instrumente erkämpfen, die uns nicht länger zu Bittstellern-innen gegenüber der jeweiligen Regierung machen.

Danke für Ihre/Delne Unterstützung!

**Herzliche und solidarische Grüße!
Die Mitglieder des Initiativkreises**

Bonn, den 12. Mai 1986

Bitte bachten Sie beiliegende Unterschriftenliste
— Unterschreiben Sie — Sammeln Sie weitere Unterschriften — Helfen Sie mit —

Sicherheit – Hochsicherheit – Unsicherheit

Im Herbst 1985 hatte die HU einen Kunstwettbewerb ausgeschrieben, der sich vornehmlich an junge Künstler wandte und ihnen die Aufgabe stellte, ihr Gedanken zum „Überwachungsstaat“ im Bild wiederzugeben. Die Sorge, ob der Aufruf genügend Widerhall finden würde, war unbegründet; es sind weit über 100 Einsendungen eingegangen. Richtig war, den Künstlern die Wahl der Technik freizustellen. So sind alle Techniken vertreten, von der Photomontage über die mit dem Computer erstellte Grafik bis zum Ölbild. Die Jury war vor eine schwere Aufgabe gestellt. Sie hat versucht, sich ihre Aufgabe dadurch zu erleichtern, daß sie einen ersten Preis verlieh, den zweiten und dritten Preis jedoch geteilt hat.

Preisträger sind, wie schon berichtet: Hartmut Schröter, 1. Preis; Magdalena Berghelm und Gerhard Mester, 2. Preis; Friederike Groß und Thilo Götze Regenbogen, 3. Preis.

Bei der nicht eben üppigen Finanzkraft der HU mußten sich die Geldpreise leider in bescheidenem Rahmen halten. Wir hätten die Künstler gern mit höheren Preisen bedacht; ihr Engagement hätte es verdient. Die HU hat jedoch insofern einen Ausgleich geschaffen, daß sie die besten Bilder in einer Kunstausstellung vorgestellt und teilweise in Buchform veröffentlicht hat. Kunstausstellung und Buch können als gelungen bezeichnet werden; das dürfte den jungen, noch um Anerkennung ringenden Künstlern, vielleicht mehr wert sein, als Bargeld.

Die Kunstausstellung

Die Kunstausstellung „Sicherheit – Hochsicherheit – Unsicherheit“ wurde am 24.5.1986 in der Galerie am Chamissoplatz in Berlin-Kreuzberg in Anwesenheit des Bundesvorstandes eröffnet. Diese Galerie hat in Berlin einen ausgezeichneten Ruf und ist wegen ihres Einsatzes für politische und moderne Kunst der rechte Ort. Jürgen Seifert und Ulrich Vultejus hatten einige Schwierigkeiten, mit ihren einleitenden Worten alle Zuhörer zu erreichen. Zuhörer aus dem Kreuzberger Bezirk waren weniger an Kunst und einer Auseinandersetzung mit den Überwachungsgesetzen interessiert und erwarteten mehr ein Eingehen auf ihre konkreten Schwierigkeiten.

Auf die Bilder des Kunstwettbewerbs soll hier nicht näher eingegangen werden, da sie teilweise in dem noch vorzustellenden Buch abgedruckt sind. Vorzustellen sich jedoch die gleichzeitig von der HU gezeigten Bilder der Kunstzieher Uwe Ahrens, Helmut Kubitschek und Günter Vossiek „Zur Isolationshaft“. Diese Künstler haben mit Kohle und Pastellkreide 32 großformatige Zeichnungen zum Leben im Hochsicherheitstrakt geschaffen und hier der Öffentlichkeit vorgestellt. Die Künstler haben – zum Glück! – nie im Hochsicherheitstrakt gesessen, aber durch viele Gespräche mit entlassenen Gefangenen versucht, ein Bild zunächst im Kopf und dann auf dem Papier zu schaffen. Es war für die Künstler naheliegend, sich am Bild vom Knast als das eines dunklen Loches zu orientieren. Sie mußten umlernen: Das Problem

des Hochsicherheitstraktes ist nicht dessen äußeres Erscheinungsbild, sondern die Isolierung und die vollkommene Unterwerfung unter einen fremden Willen. Die Aufgabe der Künstler bestand daher darin, die seelische Zerrüttung der Gefangenen glaubhaft zu machen. Sie haben diese Aufgabe in einigen Bildern hervorragend, aber nicht durchgängig gelöst, der Kenner der Haftbedingungen wird sagen: die Wirklichkeit ist noch viel schlimmer!

Der Katalog dieser Bilder „Machen Sie sofort die Schranktür zu“ kann für DM 10,- bezogen werden beim Buchvertrieb Grimmstraße, Grimmstr. 27, 1000 Berlin 61.

Das Buch „Überwachungsgesetze“

Die von der HU aus ihrem Kunstwettbewerb ausgewählten Bilder sind in einem in ihrem Auftrag von Jürgen Seifert und Ulrich Vultejus herausgegebenen Buch „**Texte und Bilder gegen die Überwachungsgesetze**“ veröffentlicht. Die Bilder zeigen sehr deutlich, welche Gefahren von einem Staat ausgehen, der die Freiheit seiner Bürger kleinschreibt und sich zu einem Polizeistaat zurückentwickelt, einem Polizeistaat, der nun auch die Mittel der modernen Technik für seine Interessen einzusetzen weiß. Zu bedauern ist an der hervorragenden Wiedergabe der Bilder lediglich, daß alle Abbildungen nur in schwarz-weiß und nicht in Farbe reproduziert werden konnten, um den Preis des Buches nicht in die Höhe schnellen zu lassen.

Etwa gleichgewichtig mit den Bildern enthält dieses Buch Texte zu den geplanten neuen Gesetzen; eine Übersicht über die Gesetze von Jürgen Seifert, eine Darstellung der Veränderung unserer Justiz in Richtung auf einen Überwachungsstaat von Ulrich Vultejus, die Erörterung von Möglichkeiten der Gegenwehr von Udo Kauß sowie die Schilderung der Überwachung am Arbeitsplatz, durch Birgit Gantz-Rathmann.

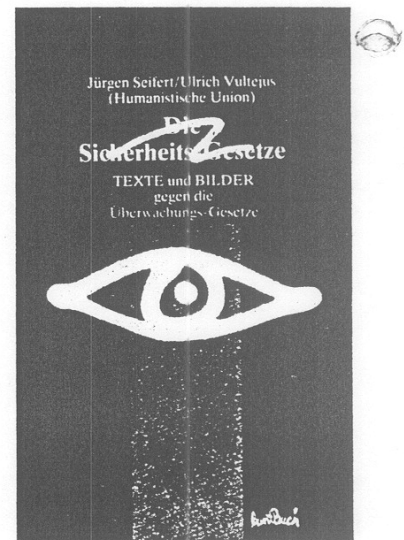
Es gibt wohl kaum ein vergleichbares Buch, das sowohl moderne politische Kunst, als auch allgemein verständliche, aber mit wissenschaftlicher Zuverlässigkeit geschriebene Texte zu diesem Thema enthält. Erste Lesererfahrungen

zeigen, daß zunächst die Bilder betrachtet werden, die dann das Bedürfnis wecken, sich mit dem Sachverhalt auch an Hand der Texte vertraut zu machen.

Die HU kann für sich beanspruchen, sich schon im Herbst 1985, zu einem Zeitpunkt als die Entwürfe der neuen Überwachungsgesetze noch geheim waren, vorrangig dieses Themas angenommen zu haben. Durch die Ausschreibung dieses Wettbewerbs sowie durch viele weitere Aktivitäten hat sie vielleicht mit dazu beigetragen, daß die jetzige Regierungskoalition dieses Thema zunächst bis zur Bundestagswahl in der Schublade hat verschwinden lassen. Aus ihr wird es nach der Bundestagswahl jedoch – gleichgültig, wie sie ausfällt – wieder hervorgeholt.

Dies Buch möge dazu beitragen, daß wir alle auf diesen Zeitpunkt vorbereitet sind!

Urs Tatze



Seifert/Vultejus im Auftrag der Humanistischen Union: „Texte und Bilder gegen Überwachungsgesetze“, Buntbuch Verlag Hamburg, 64 S. DM 12,80 im Buchhandel. Vorzugspreis für HU-Mitglieder DM 10,- (bei Vorkasse portofrei); bei: Humanistische Union, Bräuhäusstr. 2, 8000 München 2.

Tagung der Evangelischen Akademie Hofgeismar
in Zusammenarbeit mit der Humanistischen Union

19. – 21. September 1986

„Informationelle Selbstbestimmung und öffentliche Sicherheit“
– Volkszählungsurteil und Sicherheitsgesetze – Ausfüllung oder Aushöhlung? –
Ins Thema führen ein: Prof. Martin Hirsch – Prof. Dr. Diemut Majer

Kontroverse Diskussionen über:

- Polizeirecht
- Zusammenarbeit von Polizei und Verfassungsschutz
- Verfassungsschutzrecht

Referenten sind u.a. Dr. Sebastian Cobler
Christian Lochte
Claus-Henning Schapper
Prof. Dr. Jürgen Seifert

Weitere Informationen, Programm, Anmeldung bei: **Evangelische Akademie, Schließchen
Schönberg, Postfach 1205, 3520 Hofgeismar, Telefon 0 56 71 / 88 10**

Gegen das „mörderische Atom“

Mit einem Appell an die Phantasie der Stromverbraucher ruft die Humanistische Union München zu einer Aktion auf, die offenbar schon viele Nachahmer gefunden hat. Jeder Haushalt soll einmal pro Woche, und sei es nur für fünf Minuten, sämtliche Stromabnehmer abstellen, „am besten durch Herausdrauen der Sicherungen“. Um die Einschränkung meßbar zu machen, also den Demonstrationscharakter zu wahren, wurde als Abschalttermin jeder Freitag (21 Uhr) festgelegt. „Lieber schränken wir uns ein klein wenig ein“, erklärte dazu eine SZ-Leserin, „als daß wir den billigen Kernkraftstrom teuer mit unserer Gesundheit bezahlen.“

Süddeutsche Zeitung 10.6.1986

Alfred Schrepf (40) ist tot

Der Chemiker und Friedensforscher Alfred Schrepf setzte sich innerhalb der HU und des Instituts für Internationale Friedensforschung (IIF) München, dessen Leiter er war, unermüdet gegen den Mißbrauch der Chemie zur Vernichtung von Umwelt und Leben und Unterdrückung Andersdenkender. Durch Referate, Gutachten, Broschüren, Rundfunk- und Zeitschriftenbeiträge wandte sich Schrepf vor allem energisch gegen jeden Einsatz von chemischen Polizeiwaffen, z.B. durch die von ihm erarbeitete Broschüre „Chemische Kampfstoffe – Chemischer Krieg“ (siehe Mitteilungen Nr. 95 – Juni 1981, S. 18). Alfred Schrepf war durch sein Gutachten maßgeblich beteiligt an dem erfolgreichen HU-Protest gegen den Einsatz der „chemischen Keule“ im Hamburger Strafvollzug (siehe Mitteilungen Nr. 87 – Juli 1979, S. 21). Die HU verliert mit Alfred Schrepf ein Mitglied mit viel Engagement, Sachverstand und Zivilcourage.

Johannes Glötzner

Wir möchten daran erinnern:

Verbandstag 1986

Der Vorstand hat beschlossen, den diesjährigen Verbandstag von 10.–12. Oktober nach Mainz einzuberufen. Der Verbandstag hält viele Überwachungen bereit; so z.B.

- einen Kongreß „Kirche und Bürgerrechte“ mit einem Streitgespräch und vielen interessanten Referaten
- ein Fest, weil die HU in diesem Jahr 25 Jahre alt wird
- eine Kunstausstellung „Der Überwachungsstaat“ mit Bildern unseres Preisausschreibens

Wir treffen uns zu all dem in fürstlichen Räumen, nämlich im Kurfürstlichen Schloß zu Mainz. Es lohnt also, sich jetzt schon den Termin vorzumerken.

Noch eine Bitte an Sie: Wir möchten die Arbeit der Humanistischen Union – die wichtigsten Stationen und Aktionen der 25 Jahre mit Schautafeln dokumentieren. Vielleicht haben Sie in Ihren Unterlagen noch HU-Material aus früheren Jahren wie Plakate, Flugblätter, Texte, Briefe usw.? Bitte stellen Sie sie uns für die Dokumentation zur Verfügung in Original oder in Kopie. Herzlichen Dank.

FÜR UNSERE ZUKUNFT –
GEGEN WACKERSDORF!

DAGG – David gegen Goliath



In München hat sich eine Initiative gegründet, die sich „David gegen Goliath“ (DAGG) nennt. DAGG ist ein Zusammenschluß unabhängiger bayerischer Bürgerinnen und Bürger, kirchlicher, gewerkschaftlicher, ökologischer und politischer Institutionen, die gemeinsam das Ziel verfolgen, mit aller Phantasie und allem Nachdruck unter Ausschöpfung aller demokratischen, gewaltfreien Mitteln einen Weg zum raschen Ausstieg aus der Kernenergie zu finden. Insbesondere hat sich die Initiative zum Ziel gesetzt, den Weiterbau der geplanten Wiederaufbereitungsanlage in Wackersdorf zu verhindern. Initiator von DAGG ist der Landessprecher der HU, Bernd Fricke; zu dieser neuen Initiative erklärte er bei einer Pressekonferenz: Die DAGG soll das „zentrale Dach“ sein für die vielen Initiativen und Unterschriftenaktionen, die nach Tschernobyl entstanden sind. Ausschlaggebend für die Entscheidung, eine landesweite Unterschriftensammlung und kein Volksbegehren gegen die Kernenergie einzuleiten, waren vor allem „juristische Gründe“ gewesen. Die friedliche Nutzung der Kernenergie fällt in den Regelungsbereich des Bundesgesetzgebers. Volksbegehren im Freistaat – eine solche Möglichkeit räumt die Bayerische Verfassung ein – könnten sich jedoch nur gegen Landesgesetze richten.

Die Unterschriftensammlung hat schon vor ca. 4 Wochen begonnen; eine Million soll die Atomfabrik in Wackersdorf verhindern helfen. Unseren bayerischen HU-Mitgliedern wurden die Unterschriftenlisten zugeschickt. Wenn noch nicht oder wenn noch mehr: bitte wenden Sie sich an HU (Adresse bekannt) oder DAGG, Königinstr. 47, 8 München 22.

Wie wahr ...

Ein ganzes Jahr – nuklear

Anton-Andreas Guha (1979)

Wenn im Januar die Fische schwitzen,
Herrscht im Reaktor große Hitzten.

Wenn's im Juli stürmt und schneit,
Macht sich Plutonium-Strahlung breit.

*

*

Wenn im Februar selbst der Schnee verbrennt,
Der Bürger um sein Leben rennt.

Tanzt im August der Geierzähler,
Fügt still sich in sein Los der Wähler.

*

*

Fall'n dir im März die Haare aus,
Gibt's zuviel Caesium im Haus!

Kreiert September Mensch und Tier,
Dann singe „Näher mein Gott zu Dir!“

*

*

Ist der April zu heiß und trocken,
Geriet ein Kühlsystem ins Stocken.

Ist's im Oktober wüst und leer,
War's mit dem Berstschutz nicht weit her.

*

*

Haut's im Mai viel Leute um,
Strahlt aus Biblis Strontium.

Schlägt im November Giftgas zu,
Wünscht dir viel Glück die KWU.

*

*

Ist der Juni schwül und naß,
Iß Jod-Tabletten, das macht Spaß!

An Weihnacht hört man fromme Lieder:
„Der GAU kommt alle Jahre wieder.“

Liste der Beinahe-GAUs, zusammengestellt vom Öko-Institut Freiburg: Brunsbüttel 1978 (Leck im Kühlkreislauf), Harrisburg 1979 (Versagen des Kühlsystems und Zusammentreffen mehrerer Systemfehler), Biblis 1981 (Bildung einer Dampfblase im Reaktordruckbehälter), Ginna/USA 1982 (Heizrohrbruch im Dampferzeuger), Salem/USA 1982 (Versagen der Schnellabschaltung), Bugey/Frankreich 1984 (Ausfall des Kühlsystems und zweier Notaggregate), Davis-Besse/USA 1985 (Ausfall des Kühlsystems), Hamm-Uentrop 1985 (Teilversagen der Landzeitabschaltung).

Nicht abgesagt, aber verschoben:

Heilbronner Tage für Frieden, Gerechtigkeit und Demokratie

Die Veranstalter haben – schweren Herzens – die Veranstaltung in Heilbronn (14.–17. Juni 1986) auf einen späteren Zeitpunkt verschoben. Nach der Atomkatastrophe von Tschernobyl war man der Ansicht, daß die Aktiven aus allen Bereichen nicht über 4 Tage zusammengeholt werden sollten zum Diskutieren, sondern zum Handeln in der Vor-Ort-Arbeit dringender gebraucht werden.

Bitte beachten Sie beiliegende Bestellkarte für „Forum Recht“, eine fortschrittliche Zeitung von Juristen für nicht nur Juristen.

An das

Bayer. Landeskriminalamt
Maillingerstr. 15
8000 München 19

Sehr geehrte Damen und Herren,
der Süddeutschen Zeitung vom 26./27.4. entnehmen wir die Notiz, daß Sie Hinweise auf die Bundesbahntatäter vom 7.4. suchen und honorieren.

Auf Grund der Meldung in der gleichen Ausgabe über den GSG 9-Anschlag auf das Celler Gefängnis, bitten wir zu überprüfen, ob nicht die Täter in den Reihen dieser Gruppe, ihrer Auftraggeber oder der ihnen entsprechenden Gruppierungen in Bayern zu suchen sind.

Sollten unsere Hinweise zum Erfolg führen, bitten wir die ausgesetzte Belohnung von 10.000 DM auf das Konto der Humanistischen Union 178855-80 PGiroA Mchn. zu überweisen.

Wir bitten Sie, uns über die Ermittlungen auf dem laufenden zu halten.

Wegen der grundsätzlichen Bedeutung dieser Angelegenheit erlauben wir uns, diesen Brief an die Presse weiterzugeben.

Mit freundlichen Grüßen
gez. Erna Graf-Schwach
Landesverband Bayern
der Humanistischen Union

Feministischer Juristinnentag

Anfang Mai fand in München der 12. Feministische Juristinnentag statt. Von den vielen interessanten Themen sind zwei hervorzuheben, bei denen die HU maßgeblich beteiligt war:

– Über das Thema „Auf dem Weg in den totalen Überwachungsstaat – die neuen Sicherheitsgesetze“ informierte Vorstandsmitglied Gunda Diercks und zeigte die drohende Gefahr auf für die persönliche und politische Freiheit. Zum Abschluß wurde eine Resolution gegen dieses Gesetzespaket einstimmig verabschiedet.

– Heide Hering, Bereitsmitglied und Initiatorin eines Anti-Diskriminierungs-Gesetzes für die Bundesrepublik, zu dem die HU schon 1978 Forderungen erarbeitet hatte, stellte den von

Im Wortlaut:

Donnerstag, 10. April 1986, Nr. 83

FR

„ . . . eine andere Republik“

In einer gemeinsamen Erklärung haben 32 namhafte Rechtswissenschaftler, Rechtspolitiker und Sprecher von Bürgerrechtsorganisationen vor den neuen „Sicherheitsgesetzen“ gewarnt, die im Innen- und Rechtsausschuß des Bundestages zur Beratung anstehen. Der hannoversche Politik-Wissenschaftler und Bundesvorsitzende der Humanistischen Union, Jürgen Seifert, sagte als Initiator der Erklärung: „Werden diese Überwachungsgesetze beschlossen und ausgeführt, so haben wir eine andere Republik.“ Zu den Unterzeichnern gehören Mitglieder aller Bundestagsparteien, darunter die Professoren Erhard Denninger (FDP) und Eggert Schwan (CDU), der stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion, Alfred Emmerlich, und der rechtspolitische Sprecher der Grünen im Bundestag, Norbert Mann. Die Erklärung nennt folgende acht Punkte, in denen die Gesetzentwürfe „verfassungsrechtlichen Mindestanforderungen widersprechen“.

1. Die Gesetze legen es darauf an, daß personenbezogene Daten des Bürgers (auch des unverdächtigen) gespeichert werden, ohne daß dieser in jedem Fall ein Recht auf Unterrichtung hat. Wird dem Bürger das Recht auf Auskunft über die Speicherung seiner Daten vorenthalten, so wird ihm die Möglichkeit genommen, gegen eine Verletzung seiner Rechte durch die öffentliche Gewalt den Rechtsweg zu beschreiten.

2. Die Gesetze machen die auf Grund der Erfahrung mit der Gestapo (Geheime Staatspolizei des Hitler-Regimes, d. Red.) im Rechtsstaatsgebot verankerte strikte Trennung zwischen Polizei und Nachrichtendiensten wirkungslos, indem sie einen kaum eingegrenzten Informationsverbund und eine Zusammenarbeit bei der Erhebung und Weitergabe personenbezogener Daten schaffen.

3. Die Gesetze heben das vom Bundesverfassungsgericht geforderte Verbot der Zweckentfremdung auf und verstoßen gegen das Verbot der Sammlung personenbezogener Daten auf Vorrat zu unbestimmten Zwecken; die informationelle Gewaltentrennung ist nicht gewährleistet, eindeutige Datenübermittlungsverbote fehlen; die Benachrichtigungs-, Berichtigungs- und Löschungsregeln entsprechen nicht den verfassungsrechtlichen Anforderungen; das Gebot der Normenklarheit wird vielfach mißachtet.

4. Gegen verfassungsrechtliche Anordnungen wird dadurch verstoßen, daß weder im erforderlichen Maß die Voraussetzungen für einen Dateneingriff, noch die Auskunfts- und Löschungspflichten „bereichsspezifisch und präzise“ geregelt sind. Bei Datenerhebungen, Datenübermittlungen und den Auskunftsverpflichtungen und Lösungsfristen wird nicht genügend unterschieden, ob es sich um „Bereiche“ der Spionage und des Terrorismus oder um die Zugehörigkeit zu Organisationen oder um die Betei-

ligung an politischen Aktivitäten handelt.

5. In bestimmten Bereichen soll der direkte Zugriff im automatisierten Verfahren auf personenbezogene Daten mit „Textzusätzen aus Akten“ zulässig werden. Damit können Bürger heimlich mit bestimmten Etiketten versehen werden, ohne sich dagegen wehren zu können. Falsche Daten können weitergegeben, Daten können aus dem Zusammenhang gerissen werden.

6. Die Weitergabe personenbezogener Daten an die Stationierungstreitkräfte und an andere ausländische öffentliche sowie an über- und zwischenstaatliche Stellen wird zugelassen. Die Betroffenen erfahren nichts davon. Die ausländischen Empfänger unterliegen nicht einmal den Berichtigungs-, Lösungs- und Sperrungspflichten, die es nach bundesdeutschem Datenschutzrecht gibt.

7. Die Änderungen des Straßenverkehrsgesetzes schaffen für alle Fahrzeughalter ein Bußadreibregister, auf das die Polizei heimlich oder direkt (on-line) Zugriff haben soll. Bei einer Beobachtung kann jeder Fahrzeughalter über sein Kennzeichen in Massendateien geraten, die zur Herstellung von Bewegungsbildern dienen können. Die Daten können auch an Nachrichtendienste weitergegeben werden.

8. Die vom Bundesverfassungsgericht geforderte „effektive“ Kontrolle durch Datenschutzbeauftragte soll nicht erweitert, sondern – gegenüber der heutigen Kontrollpraxis – eingeschränkt werden. Künftig sollen die Datenschutzbeauftragten nicht mehr von sich aus die Einhaltung der Datenschutzvorschriften insgesamt kontrollieren können, sondern nur die speziellen Vorschriften über Dateien. Bei Akten setzt die Kontrolle in Zukunft eine Beschwerde voraus, die kaum erfolgen kann, weil der Betroffene in der Regel von der Aktenführung nichts erfährt.

den GRÜNEN jetzt vorgelegte Gesetzentwurf vor, er enthält als Kernforderung, die Hälfte aller Ausbildungs- und Arbeitsplätze mit Frauen zu besetzen. Die Teilnehmerinnen schlossen sich dieser Forderung an.

Der Feministische Juristinnentag ist aus dem seit 1979 zweimal im Jahr stattfindenden Jura-

Frauen-Treffen hervorgegangen. Während die Jura-Frauen-Treffen in erster Linie dem Erfahrungsaustausch und der Kontaktpflege der in juristischen Bereichen arbeitenden Frauen dienen, will sich der Feministische Juristinnentag stärker rechtspolitischen Themen annehmen.

Ein Mann, den Wissen zu zivilem Mut zwingt

„Unter diesem Titel hat Helga Einsele die Laudatio für Ossip Flechtheim gestellt, dem der Fritz Bauer Preis in der eigens für die Humanistische Union reservierten und für die Preisverteilung schön hergerichteten Theatermanufaktur am Halleschen Ufer in Berlin übergeben wurde. Eindrucksvoll war die Rede Helga Einseles, weil parallele Lebenswege von ihr und Ossip Flechtheim zutage traten, gleiche geschichtliche Erfahrungen und Erlebnisse. Es war viel zu berichten von diesem Jahrhundert, von dem persönlichen und politischen Weg dieses Ossip Flechtheim, daß Frau Einsele am Ende fragte: „Was habe ich bloß alles vergessen?“ Es war der Ombudsman, der Volksanwalt, für den Ossip Flechtheim schon 1975 – er gehörte damals dem Bundesvorstand der HU an – einen Gesetz-Entwurf vorlegte. Seine Initiative wurde mit Beiratsmitgliedern erörtert, zuletzt vom Ortsverband Lübeck weiterbearbeitet – dann ist sie steckengeblieben. Es war gut, daß uns Ossip Flechtheim in seiner Dankrede wieder darauf hingewiesen hat! Nachfolgende die Rede von Frau Prof. Dr. Helga Einsele:

Lieber Ossip, liebe Lilly Flechtheim, liebe Freunde von der Humanistischen Union, meine Damen und Herren.

Die Humanistische Union hat seit der Stiftung des Fritz-Bauer-Preises zum Andenken an diesen großen Juristen, Menschen und Humanisten ihren Preis an Personen aus den verschiedensten Gebieten in Wissenschaft und Praxis gegeben. Immer ging es um die Anerkennung von Bemühungen für Liberalisierung, Demokratisierung, Humanisierung des Rechtswesens, für Menschenrechte und Humanität. Und es ging um die Anerkennung von persönlichem Mut, der sich durch Schwimmen gegen den Strom, um der eigenen Überzeugung willen, auszeichnete.

In diesem Jahr fiel die Wahl auf Ossip Flechtheim, formal emeritierter Professor der Politik und Direktor ehrenhalber des Institut für Zukunftsforschung des Zentrums Berlin. Inhaltlich steht Ossip Flechtheim für viel mehr.

Alles, was Ziel der Humanistischen Union ist und wofür Fritz Bauer eintrat, hat Ossip Flechtheim zeit seines Lebens zu verwirklichen versucht, als Wissenschaftler und als Teilnehmer an den politischen Entwicklungen der Länder, in denen er lebte, insbesondere natürlich in der Bundesrepublik. Er tat es auch als Bürger, der seine Überzeugungen mit hohem politischen und persönlichen Engagement vertrat. Dabei verließ er, wenigstens zeitweilig, die Bahn, die Herkunft und Familientradition ihm vorzugeben schienen, die sich aber doch auch wieder konsequent aus beidem ergab.

Ossip Flechtheim wurde 1909 in Nikolajew, in Rußland, geboren, in einer deutsch-russisch-jüdischen Familie. Eine lange Tradition kulturellen und jüdischen Lebens ging in der Familienge-

schichte voran. Trotzdem hat ihm seine Herkunft, wenn auch sicher frei von konservativem Denken, nicht ohne weiteres den Weg, gerade in die Arbeiterbewegung, gewiesen, den er früh fand.

Seit 1910 lebte Ossip Flechtheim in Deutschland. Dort hatte er den ersten Weltkrieg erlebt – wohl, wie auch ich, als Kind beeindruckt von Hunger, Kälte, Steckrüben und schließlich dem Zurückfluten der grauen Soldatenmassen mit ihren revolutionären Parolen. Dieser Erfahrung erwuchs ein allgemeiner Aufbruch zum Pazifismus und zu einem radikal-demokratischen anti-kapitalistischen Wirtschaftsdenken. Beides formte das Bewußtsein gerade auch der Kinder der kritisch-liberalen, bürgerlichen Oberschicht. Eine bedeutende Rolle spielten die Nachrichten über die russische Revolution. Sie weckten Hoffnungen auf die Möglichkeit, solche Utopien zu realisieren.

Der Kommunismus fand eine starke Anziehungskraft für junge Menschen, und zwar sowohl für die, die dort das Interesse der eigenen Klasse verwirklicht glaubten, wie für die, die – erfüllt von Ideen Kants, Hegels und Marx – von der Verwirklichung des Sozialismus allgemeine soziale Gerechtigkeit, Frieden und eine neue menschliche Kultur erhofften. Beiden Gruppen mißfiel der kompromißlerische Weg der Deutschen Sozialdemokratie, schon vor dem 1. Weltkrieg, bei der Bewilligung der Kriegskredite 1914, die als tiefer Sündenfall begriffen wurde, und nach der deutschen Revolution 1918, die ja weitgehend nur ein Zusammenbruch war. Neben den Vorstellungen von einer gerechteren, sozialisierten Wirtschaft erhoffte diese Generation von der russischen Revolution auch eine freiere, fortschrittliche Kulturentwicklung. Ich erinnere an die Film- und Theaterproduktion von Eisenstein und Majakowski, an die russische Revolutionsliteratur von Gorki, Mendelstam, Isaak Babel, Olescha und anderen, an neue Malerei und bildende Kunst. Und ich erinnere an die propagierten und z.T. eingeführten Lebensmodelle von Alexandra Kollontai.

Nicht nur in Deutschland wurden ja junge Intellektuelle von solcher Sehnsucht angezogen. Ich lebte 1931 und 1932 in New York, in enger Verbindung zur Columbia-Universität. Die jungen Assistenten, auch Professoren, sogar in der naturwissenschaftlichen Fakultät, standen dem Kommunismus – nicht nur heimlich – nahe. Ihre kritische Haltung zur kapitalistischen Politik des eigenen Landes wurde geschürt von der unsozialen Innen- und der imperialistischen Außenpolitik. Denken Sie an die Hinrichtung von Sacco und Vanzetti, an die brutale Niederwerfung der Bergarbeiterstreiks in Kentucky, die Hinrichtungen junger Schwarzer wegen angeblicher Vergewaltigungen, und denken Sie an Unterwerfungs- und Unterdrückungspolitik in Kuba, auf den Philippinen, gegenüber Mexico und anderswo, Ossip Flechtheim ging in Deutschland, wie sie dort, den Weg zum Kommunismus aus innerer Überzeugung. Ja, er tat es früher

und kompromißloser als andere, als er 1927, mit 18 Jahren, in die KP eintrat.

Doch, wieder früher als bei anderen – dabei spielte vielleicht ein dreimonatiger Aufenthalt 1931 in der UdSSR eine aufklärende Rolle – erwachte seine Kritik an der Entwicklung des „real existierenden Sozialismus“, an der zunehmenden ideologischen Einengung und Weisungsgebundenheit der deutschen KP an das Moskauer ZK. Dabei zeigte sich eine Eigenschaft bei ihm, der wir später wieder begegnen werden, ein fast trotziger Hang zu Eigenständigkeit, Unabhängigkeit und intellektuelles Selbstbewußtsein. Auch hatte er inzwischen angefangen, Marx und Engels kritischer zu sehen – seine Auseinandersetzung mit ihnen dauerte noch lange an. Er hatte sich universaler umgesehen, bei Karl Liebknecht, Rosa Luxemburg, Spengler, Toynbee, Max und Alfred Weber, Freud, Fromm und später auch Orwell. Unter ihnen fand er auch, wie spätere Schriften zeigen, Vorbilder. So schätzte er an Karl Liebknecht dessen Unabhängigkeit, nicht nur gegenüber seiner damals noch sozialdemokratischen Partei (z.B. bei der Ablehnung der Kriegskredite entgegen dem Parteivotum), sondern auch gegenüber den großen Führern des Sozialismus. Im Vorwort zur Neuauflage der „Studien über die Bewegungsgesetze der gesellschaftlichen Entwicklung“ von Karl Liebknecht schreibt Flechtheim anerkennend: „Ist es doch für die orthodoxen Kommunisten in Ost und West schwer erträglich, daß einer der angeblichen Väter ihrer Bewegung sich nie Marx und Engels, von Lenin schon ganz zu schweigen, bedingungslos unterworfen hat“.

Vor allem aber wurde wohl Rosa Luxemburg eine entscheidende Leitfigur für Ossips politisches Denken. Die Klarheit ihrer Analyse, der Mut ihrer gedachten und geäußerten Kompromißlosigkeit, z.B. schon 1915 in der im Gefängnis geschriebenen Juniusbroschüre müssen den jungen Wissenschaftler und Polittheoretiker tief ergriffen haben. So z.B. bewertete er ihre eindrucksvolle Unabhängigkeit im Kampf gegen frühe, linke Spaltungsversuche in der Partei und für den Erhalt der Einheit als kluges politisches Kalkül, wenn sie warnte „die Mitgliedschaft nicht freiwillig den Führern zu überlassen“. Seinem unbeirrten Wunsch nach Demokratie entsprach wohl besonders auch ein Satz in Rosas 1918 in der Roten Fahne veröffentlichten Programm für Spartakus, daß die proletarische Revolution kein verzweifeltes Versuch einer Minderheit, sondern die Aktion der großen Millionenmassen des Volkes sei ... und daß der Spartakusbund nie anders die Regierungsgewalt übernehmen werde als durch den klaren, unzweideutigen Willen der großen Mehrheit der proletarischen Masse in ganz Deutschland.

An anderer Stelle in seinem Buch über Rosa Luxemburg schrieb Ossip von ihr: „Auch Rosa Luxemburg glaubte an Sinn und Totalität der Geschichte, an die Aufhebung der Entfremdung,

an das Proletariat und dessen Organisationen – die Humanistin in ihr aber hätte wohl nie auch nur einen Augenblick lang die Unmenschlichkeit Stalins und der Stalinisten hingenommen.“ Am tiefsten aber – dieser Satz kehrt bei Flechtheim immer wieder – hat sein eigenes Leben und Wirken wohl ihre Entscheidung beeindruckt: „Sozialismus oder Barbarei“, die sich dann in Deutschland später, nach 1930, als richtig erwies. Und von ihr als Mensch schreibt er bei aller wissenschaftlichen Anerkennung wohl sein Haupturteil über sie: „Während die tragische Größe Lenins darin bestand, daß es ihm gelungen ist, ganz bewußt auf Kosten seines Herzens eine seltene Synthese von Kopf und Hand zu verwirklichen, hat Rosa Luxemburgs Herz nie aufgehört, laut zu schlagen.“ Unter dem Eindruck all dieser kritischen Erfahrungen, auch wohl schließlich der KP-Parolen vom Sozialfaschismus brach Ossip Flechtheim mit dem Kommunismus und schloß sich 1933 der linkssozialistischen Gruppe „Neues Beginnen“ an. Ihretwegen wurde er von den Nationalsozialisten verhaftet. Als er nach kurzer Haft wieder freigelassen wurde, war er realistisch genug, sich umgehend zur Emigration zu entschließen. War er doch schon vorher aus politischen und rassistischen Gründen vom juristischen Referendariat ausgeschlossen, also seines gewählten Berufsganges beraubt worden. Ossip hatte in Düsseldorf das Hindenburggymnasium besucht und dort die Reifeprüfung abgelegt. Ausgerechnet ein Hindenburggymnasium. Ich besuchte zeitweilig ein Mackensengymnasium. Wir gehören schließlich zur gleichen Generation, in der kaiserliche Generäle noch eine nicht unbedeutende Rolle spielten. Anschließend studierte er Rechtswissenschaften in Freiburg, Heidelberg, Berlin und Köln. In Heidelberg hatte Ossip mit seiner Arbeit über die Strafrechtstheorie Hegels promoviert. Damals gingen linke Studenten gerne nach Heidelberg, das den Ruf der roten Universität hatte. Dafür mußte es später, durch strafweise Umgestaltung zu einer Avant-Nazi-Universität bezahlen.

Schon in Heidelberg hätten sich unsere Wege kreuzen können, war Ossip doch wohl, wie auch ich, mindestens Gast, wahrscheinlich sogar Mitglied des sozialistischen Studentenbundes oder der roten Gruppe. Allerdings hatte ich, als Ossip promovierte, Heidelberg schon in Richtung USA verlassen, und als ich zurückkam, war er schon fortgegangen. Da wurde er wohl gerade vor dem 2. Staatsexamen vom Vorbereitungsdienst beim Kölner OLG ausgeschlossen. Das passierte mir erst 1935. Für ihn begann dann – wie für viele unserer Freunde – die Zeit der Wanderschaft, durch Länder und Berufe. 1935–1939 in Genf am Institut Universitaire de Haute Etudes International, dann in verschiedenen Staaten der USA. 1939 war er nach New York gekommen. Wieder waren unsere Spuren ähnliche. Nur hatten wir USA in Richtung Nazi-Deutschland, da weder rassistisch noch politisch verfolgt, verlassen müssen. So trafen wir uns auch in der Columbia-Universität New Yorks nicht, wo ich in der Justizabteilung meine Dissertation begonnen hatte und wo er später ein Jahr lang als Hilfswissenschaftler arbeitete. Dann tat er das als assistant bzw. associate professor in verschiedenen anderen Universitäten und Colleges. Das, was dann das Leben auf dem alten Konti-

nent ausmachte, politische Verfolgung, Sterben der Nächsten und Überfallenen durch Gewalt Herrschaft und Krieg, Krieg im Lande, Zerstörung aller Hoffnungen und Werte, an die wir geglaubt hatten und unseres Selbstbewußtseins in Bezug auf das Land, dessen Sprache wir sprachen, und schließlich das Schuldbewußtsein, daß wir es nicht verhindert, aber überlebt hatten, blieb ihm trotzdem nicht erspart. Ja, die extreme Grauenhaftigkeit der begangenen Naziverbrechen wurde ihm wahrscheinlich noch früher bekannt als uns und schürte Verzweiflung der Hilflosigkeit. Es war sicher um nichts leichter und trug zweifellos zu dem Vorsatz bei, nach seinen Kräften das Ziel zu verfolgen mit dem wohl stärksten gemeinsamen Impuls der bewußt Überlebhabenden und der Zurückkehrenden: Nie wieder Faschismus, nie wieder Krieg.

Diesem Ziel jedenfalls ist Flechtheim dann wissenschaftlich und im persönlichen Einsatz unbeirrt gefolgt. Nun erst recht ließ er sich nicht mehr abbringen von seinen Grundvorstellungen, die Studium und aktuelle Teilnahme an den Zeitereignissen ihm vermittelt hatten. Teilnahme und Bekennen in diesem Sinne begleiteten nun seit seiner Rückkehr sein Leben, wo immer sie gefragt waren. Daß er überhaupt zurückkam, hatte ja bereits damit zu tun. Das geschah endgültig 1951. Und zwar kam er nach Berlin, wo er bereits zwischen 1946–1947 ein Jahr lang im Büro des Anklägers für Kriegsverbrechen gearbeitet hatte. Nun setzte er die in USA begonnene Lehre und reiche, wissenschaftliche Produktion fort, zunächst als Gastprofessor an der Freien Universität, dann an der Hochschule für Politik. Dort habilitierte er sich 1957.

Wissenschaftliche Arbeit und pragmatische

Ossip K. Flechtheim: Rosa Luxemburg zur Einführung. Junius Verlag Hamburg 1985; 100 Seiten; 9,80 DM.

Ossip K. Flechtheim: Karl Liebknecht zur Einführung. Junius Verlag, Hamburg 1985; 88 Seiten; 9,80 DM.

Einstellung verbindet bei Ossip Flechtheim die Neigung zu klarem Konsequenzdenken. Am Anfang eine gründliche Analyse, dann Schlußfolgerungen.

Im Mittelpunkt der Analysen von Ossip Flechtheim steht lange die Kritik an den Parteien. An der SPD vor allem wegen ihrer Bürokratisierung und Entwicklung von Macht hierarchien, ihrer Unfähigkeit zu klarer, konsequenter Politik in den Jahren 1914–1919 und vor 1933, aber auch an der Schwäche ihres linken Flügels bei der KP geht es außerdem und vor allem um die äußere Abhängigkeit von der Sowjetunion, ihr mangelndes Verständnis für Demokratie und Sicherung der individuellen Freiheitsrechte. Dem allen stellt Flechtheim wieder und wieder die Notwendigkeit des entschlossenen Kampfes gegen Unrecht, für Frieden und eine humane Kultur entgegen.

In seiner Arbeit über „die KPD in der Weimarer Republik“ kommt er schließlich zu einem vernichtenden Urteil über die Entartung dieser Partei „Die KPD hat also, wenn auch halb widerwillig ... zum Sieg des schlimmsten Feindes, nämlich des Nationalsozialismus und damit zur Ver-

nichtung der Partei selbst beigetragen.“ Und auch nach 1945 urteilte er nicht freundlicher über sie, wenn er ihre Fehlorientierung und daraus folgende politische Schwäche für ihr geschichtliches Versagen verantwortlich macht, „(es habe) durchaus in der Tradition des deutschen revolutionären Sozialismus gelegen, eine Synthese zu verwirklichen, die die Einseitigkeit sowohl des östlichen Bolschewismus wie des westlichen Imperialismus überwunden hätte“. Und weiter: „Wird man schließlich zugeben müssen, daß die KPD sicherlich nicht die Alleinverantwortliche für die Katastrophe von 1933 gewesen ist, so wird man auch darauf hinweisen müssen, daß die Verantwortung der KP für die Entwicklung seit 1945 größer ist denn je, und daß zu befürchten ist, daß sie bei Fortführung ihrer nun schon traditionell gewordenen Politik eine der Hauptverantwortlichen für die Katastrophe von morgen sein wird.“ So produziert die historisch-analytische Arbeit von Flechtheim von Anfang an Gedanken an veräußerte Möglichkeiten, die dem Sozialismus offen gestanden hätten.

Schon 1943 sah er die Notwendigkeit, Folgerungen auf seinen Analysen aufzubauen. Damals verwandte er zum ersten Male den Begriff „Futurologie“. Erst nach seiner Rückkehr nach Deutschland allerdings ging er diesem Thema mit kontinuierlicher Konsequenz nach.

Flechtheim stellt seine Futurologie in den Rahmen seiner grundsätzlichen Thematik, seiner Utopie von Gleichheit, Freiheit, Brüderlichkeit. Dabei geht es ihm vor allem um die Emanzipation des Menschen, um seinen Kampf für Menschenrechte und Humanität. Immer wieder formuliert er seine, Liberalismus und Sozialismus verbindenden Vorstellungen von einem „Dritten Weg“. Auf dem müsse, unter Einschränkung der Staatsmacht eine unblutige Transformation des bestehenden Systems durch systemüberschreitende Reformen in eine offene, zukunfts-gewandte, jedoch pragmatisch zu entwickelnde Humanisierung des Lebens gehen: „Der Sozialismus aber – die soziale Bewegung des Proletariats – ist die Entstehungs- und Kampfform dieses neuen, allumspannenden Humanismus.“ Innerhalb dieses Rahmens hält er technologische Planung für notwendig, jedoch gehöre sie unter moralisch gerichtete, humane Kontrolle „Gewaltlose Sozialverteidigung“ hat er, nach Heydorn, einmal die Antwort auf die Herausforderungen unserer Zeit, die er durchaus zeitentsprechend und nicht etwa eingeeignet auf die Themen der klassischen Arbeiterbewegung formuliert: Rüstungswettlauf, Umweltzerstörung, Unterdrückung und Aggressivität. Gegenüber den sich ständig verschärfenden Konflikten zwischen Nord und Süd, Arm und Reich, zwischen den Machtblöcken mit ihrer zunehmenden Militarisierung der Welt kann, wenn überhaupt noch etwas, nur eine permanente Reform retten. Ossip Flechtheim weiß aber, ebenso wenig wie wir, ob sie noch gelingen kann. In der Schrift „Die radikale Alternative“ sagt er 1962: „Wir stehen an einem radikalen Wendepunkt – Untergang oder eine menschliche Erde.“ An einer Stelle des Luxemburgbuches zitiert er eine auch wohl ihn, trotz seiner Skepsis gegenüber Marx, erschütternde Äußerung von Marx, die fast für die heutige Zeit gemünzt erscheint. Marx spricht vom Verfall des Römischen Reiches und sagt „In unseren Tagen erscheint jedes Ding mit seinem Gegenteil schwanger zu

gehen. Die Maschinerie, die mit der wundervollen Kraft begabt ist, die menschliche Arbeit zu verkürzen und fruchtbarer zu machen, sehen wir diese zu Hunger und Überarbeitung zu verdammen. Die neuen Quellen des Reichtums werden durch ein seltsames Schicksalsband zu Quellen der Not... In dem Maße, wie der Mensch die Natur bezwingt, scheint er durch andere Menschen oder seine eigene Niedertracht unterjocht zu werden. Selbst das reine Licht der Wissenschaft scheint nur auf dem dunklen Hintergrund der Unwissenheit leuchten zu können. Alle unsere Erfindungen und Fortschritte scheinen darin zu resultieren, daß materielle Kräfte mit geistigem Leben begabt werden und daß das menschliche Leben zu einer materiellen Kraft verdimmt. Dieser Antagonismus zwischen moderner Industrie und Wissenschaft, auf der einen Seite und modernem Elend und Verfall auf der anderen, dieser Antagonismus zwischen den Produktivkräften und den gesellschaftlichen Beziehungen unserer Epoche ist eine handgreifliche, überwältigende und nicht wegzuleugnende Tatsache.“ Nur von der Möglichkeit des Menschen, mit einem Schlag das alles, Glück und Elend des Lebens, total zu vernichten, wußte Marx noch nichts. Ossip aber weiß es – und hat es gegenwärtig. Und mit ihm wird jeder, der die Diskussionen um SDI, Libyen-Abenteuer und Kernkraftkatastrophen in den letzten Wochen und Monaten erlebt hat, dem Schmerzessang von Marx jetzt, 1986, zustimmen. Und mit Ossip wird jeder, der ihn hört, zu anhaltendem Engagement bereit sein. Diesen Elan hat Ossip Flechtheim – in Wissenschaft und Praxis – Zeit seines Lebens gehabt. Bald nach der Rückkehr aus USA trat er 1952 in Berlin in die Sozialdemokratische Partei ein. Ende der Fünfzigerjahre nahm er, zwar kritisch auch gegen Linke, welche der Sowjetunion nicht distanziert genug gegenüber zu stehen schienen, an der Arbeit einer Neuen Linken, besonders im SDS, teil. Als die Partei sich, 1961, von dieser studentischen Nachwuchsorganisation trennte, war er sowohl beobachtender wie solidarischer Teilnehmer an diesem längeranhaltenden Prozeß. Auch bei den studentischen und professoralen Bemühungen um Versöhnung, besonders von Wolfgang Abendroth. Anders als die übrigen Förderer des SDS, die sich aus der SPD ausschließen ließen, verließ er die Partei von sich aus und beteiligte sich an der Gründung einer Förderergesellschaft des SDS, des späteren Sozialistischen Bundes, die den sozialistischen Studenten Treue zu halten versuchten. Und in dieser Phase endlich begegneten wir uns dann. Vom pragmatischen Engagement Ossip Flechtheims zeugen und zeugten vielfältige Mitgliedschaften – neben in wissenschaftlichen auch in kulturellen und politisch-humanitären Organisationen: im Pen-Club, im Zentrum Berlin für Zukunftsforschung, im Kuratorium der Ostermarschbewegung, als Vizepräsident der Internationalen Liga für Menschenrechte im Vorstand und Beirat der HU, im Kuratorium der Deutschen Gesellschaft für Friedens- und Konfliktforschung, im Kuratorium des Republikanischen Clubs e.V. in Berlin und als Mitglied des Kuratoriums Jahreskongreß Dritter Weg. Einer parteipolitischen Gruppe gehörte er nicht mehr an. Er hat sein eigenes politisches Konzept entwickelt und folgt dem frei von formalen Zwängen. Dafür nahm er auch schmerzliche, seine Skepsis vermehrende Konsequenzen auf sich.

Doch er belügt sich selbst wie auch andere nicht. Das möchte ich „intellektuelle Redlichkeit“ nennen, und das ist m.E. das größte Lob, das man einem geistigen Arbeiter aussprechen kann.

Bei aller kritischen Methodik seiner Arbeit und bei der Skepsis seiner Grundhaltung setzt er – wohl mit uns anderen – auf die jungen Bewegungen, die z.Zt. In der BRD infolge unserer spezifischen Geschichte eine offenbar größere Rolle spielen als anderswo. So nimmt Ossip Flechtheim die ökologische – die Antikernkraft –, die Friedens- und Frauenbewegung ernst, letztere wie er es ausdrücklich in einer Rede am 22.4.1986 über „Geschlecht und Militär“ formulierte. Wo immer die Stimme bei der Beurteilung von Weltgefahren, abweichend von der offiziellen Politik, zu erheben ist, da findet man auch Ossip Flechtheims Unterschrift und Einsatz. Zum Schluß sei noch etwas bisher zu kurz Gekommenes erwähnt: Ossips Güte. Auch hierzu gibt es ein von ihm ausgewähltes Zitat bei Rosa Luxemburg: „Gutsein ist Hauptsache! Einfach und schlicht gut sein. Das löst und bindet alles und ist besser als alle Klugheit und Machthaberei.“ Von Ossip selbst sagt Heydorn: „Wenige Menschen gibt es von gleicher verstehender Güte und Toleranz, von gleicher Bereitschaft zur Versöhnung.“ Wenn jemand als Bittender für ein Einzelschicksal zu ihm kommt, so tut er es selten umsonst. Nicht etwa Rückzug ins Abstrakte und Hochmut prägen die Haltung des bekannten Professors, wenn bei ihm die einfache, angewandte Bundesgenossenschaft für Gleichheit, Freiheit, Brüderlichkeit gesucht wird.

Ich bin sicher, daß ich eine Reihe von Aktivitäten, Arbeiten und Teilnahmen Ossips übersehen habe, bzw. daß ich vom vielen nicht erfahren habe. Aber ich bin ebenso sicher, daß sie alle in der gleichen Ebene liegen wie die, die ich zusammentragen konnte. – Im Kampf um Gerechtigkeit und Humanität, die von ihm immer nur zusammengesehen werden. Und für das alles, Ossip, sei Dir Dank. In einer Zeit, die so ernst ist wie wohl keine vor uns, in der der Weltuntergang eine realistische Möglichkeit geworden ist, bitten wir: Erhalte dem Leben weiter Deine Kraft der Vernunft, solange sie reicht.“

Nach der Dankrede, die Ossip Flechtheim, wie schon eingangs erwähnt, einem zu etablierenden „Volksanwalt“ widmete, gab es noch einen politischen Kunstgenuß: Matthias Meyer hat Lieder und Texte von Erich Mühsam vorgetragen, begleitet von Habakuk Traber am Klavier; hier eine Kostprobe:

Der Revoluzzer

Der deutschen Sozialdemokratie gewidmet

*War einmal ein Revoluzzer,
Im Zivilstand Lampenputzer;
Ging im Revoluzzerschritt
Mit den Revoluzzern mit.*

*Und er schrie: »Ich revolüzzie!«
Und die Revoluzzermütze
Schob er auf das linke Ohr,
Kam sich höchst gefährlich vor.*

*Doch die Revoluzzer schritten
Mitten in der Straßen Mitten,
Wo er sonst unverdrutzt
Alle Gaslaternen putzt.*

*Sie vom Boden zu entfernen,
Rupfte man die Gaslaternen
Aus dem Straßenspflaster aus,
Zwecks des Barrikadenbaus.*

*Aber unser Revoluzzer
Schrie: »Ich bin der Lampenputzer
Dieses guten Leuchtelichts.
Bitte, bitte, tut ihm nichts!«*

*Wenn wir ihn' das Licht ausdrehen,
Kann kein Bürger nichts mehr sehen,
Laßt die Lampen stehn, ich bitt!
Denn sonst spiel' ich nicht mehr mit!*

*Doch die Revoluzzer lachten,
und die Gaslaternen krachten,
und der Lampenputzer schlich
fort und weinte bitterlich.*

*Dann ist er zuhaus geblieben
und hat dort ein Buch geschrieben:
nämlich, wie man revoluzzt
und dabei doch Lampen putzt.*

SPD bleibt windelweich

Baustopp für im Bau befindliche AKWs abgelehnt

Die übergroße Mehrheit der SPD-Bundestagsfraktion mag trotz „Einstieg in den Ausstieg“ (Volker Hauff) oder „Umsteuern aus der Kernenergie“ (Rau) den Bau und die mögliche Inbetriebnahme von vier neuen AKWs mit einer Leistung von zusammen 5.200 Megawatt nicht ernsthaft behindern. Dies war gestern das Ergebnis einer namentlichen Abstimmung des Bundestages über einen Antrag der grünen Fraktion, für den im Bau befindlichen Meiler in Lingen einen Baustopp zu erlassen und jenem in Brokdorf die Betriebsgenehmigung zu versagen. Über die Stimmen der Grünen hinaus fanden sich ganze sieben SPD-Abgeordnete, die sich enthielten. Die übrigen gaben sich mit einem SPD-Antrag zufrieden, die geplanten AKWs zunächst weiterzubauen, sie aber erneuter Sicherheitsüberprüfungen zu unterziehen.

Überraschender noch fiel das Ergebnis der Abstimmung über die Beendigung der deutsch-französischen Zusammenarbeit beim Bau und Betrieb des französischen Schnellen Brüters Super-Phenix: Bei sieben Enthaltungen setzte sich die gesamte SPD-Fraktion, die in der Bundesrepublik keinen Brüter will, für die Fortführung der bundesdeutschen Brüter-Forschung auf französischem Boden ein

aus: taz 6.6.1986

Seifert fordert Albrecht vor Gericht

„Nehmt vom Staat die Gerechtigkeit, und es bleibt nichts als eine Räuberbande“

Augustinus

Als Verstoß gegen das Verfassungsschutzgesetz hat Prof. Jürgen Seifert den in Regie des niedersächsischen Verfassungsschutzes ausgeführten Bombenanschlag auf die Außenmauer der Celler Justizvollzugsanstalt im Jahr 1978 gewertet. Er hielt es deswegen für notwendig, Ministerpräsident Ernst Albrecht und Innenminister Egbert Möcklinghoff vor dem niedersächsischen Staatsgerichtshof in Bückeberg anzuklagen. In einem offenen Brief zur Sondersitzung des Rechts- und Innenausschusses des Niedersächsischen Landtags hat die HU weiter gefordert, den Sprengstoffanschlag des Verfassungsschutzes nicht nur unter strafrechtlichen Gesichtspunkten zu prüfen.

Jürgen Seifert stellte in dem Schreiben fest: „Sprengstoffanschläge sind kein nachrichtendienstliches Mittel. Die Billigung dieser Aktion durch den niedersächsischen Ministerpräsidenten und den niedersächsischen Innenminister macht den Anschlag nicht rechtmäßig und kann die fehlende Rechtsgrundlage nicht ersetzen.“ Seifert zitierte in dem offenen Brief zu dem Begriff „nachrichtendienstliche Mittel“ ausführlich die Äußerungen maßgebender niedersächsischer Politiker vor dem Niedersächsischen Landtag anlässlich der Verabschiedung des niedersächsischen Verfassungsschutzgesetzes im Jahre 1976. Daraus geht hervor, daß sich damals kein Politiker vorstellen konnten, daß der Verfassungsschutz in Niedersachsen einmal „außerhalb von Gesetz und Recht mit Sprengstoffanschlägen“ und ähnlichem arbeiten würde. Seifert forderte die Mitglieder des Rechts- und Innenausschusses auf, der selbstherrlichen Mißachtung rechtlicher Grenzen durch den Verfassungsschutz entgegenzutreten.

Die Staatsanwaltschaft in Lüneburg hat ihre Ermittlungen wegen des 1978 vom niedersächsischen Verfassungsschutz inszenierten Bombenanschlages auf das Gefängnis in Celle wieder eingestellt. In dem Einstellungsbeschuß heißt es, daß sich tatsächliche Anhaltspunkte für Straftaten nicht ergeben hätten. Für verschiedene Vorwürfe sei außerdem Verjährung eingetreten.

„Ich habe nichts zu verbergen“ und „Zu viele Datenspeicherungen im Kriminalaktennachweis“ (KAN) heißen zwei neue Informationsblätter des Ortsverbandes München; sie enthalten Auszüge aus dem Tätigkeitsbericht 84/85 des Bayerischen Landesbeauftragten für den Datenschutz. Kostenlos zu beziehen bei: Humanistische Union, Bräuhausstr. 2, 8000 München 2.

Wir Niedersachsen sagen:

Ja – das ist Albrechtspolitik!

Das Stammland der RAF-Terroristen ist nicht Niedersachsen, sondern Baden-Württemberg, jenes Land, in dem Lothar Späth von der NEU-EN HEIMAT auf den Sessel des Ministerpräsidenten übergewechselt ist. Nach ihrer Aburteilung sind die Verurteilten jedoch auf die Strafanstalten aller Bundesländer verteilt worden, gegen ihren Willen. So wurde der Verurteilte Debus in die Celler Justizvollzugsanstalt verlegt und verbüßte hier seine Strafe. Ob Debus freilich zu dem Kreis der Terroristen zu zählen ist, bleibt zweifelhaft; sicher scheint nur zu sein, daß für Debus zunächst keine besonderen Sicherheitsmaßnahmen getroffen worden sind, er vielmehr wie jeder andere Häftling behandelt worden ist.

Soweit, so schlecht. Die Sicherheitsbehörden haben jedenfalls einen Ansatzpunkt gesehen, über Debus mit V-Leuten in den Kreis der Terroristen vordringen zu können. Doch hier stocke ich schon. – Sicherheitsbehörden? Ich muß diese Vokabel schon benutzen, weil der Anteil des Verfassungsschutzes einerseits und der Polizei andererseits kaum auseinandergelassen werden kann. Ich komme in Schwierigkeiten, weil uns gerade wieder bei der Diskussion über die neuen Überwachungsgesetze versichert wird, beide Behörden seien streng voneinander getrennt, weil man keine neue Gestapo wolle. Aber ich will nicht kleinlich sein.

Der Sprengstoffanschlag

Der 25.7.1978 wird in der Rechtsgeschichte – oder soll ich sagen: Unrechtsgeschichte? – der Nachkriegszeit ein Datum bleiben, das in der Erinnerung haftet: In dieser Nacht haben Beamte des Niedersächsischen Verfassungsschutzes mit Billigung von Ministerpräsident Albrecht, Innenminister Möcklinghoff und des damaligen Justizministers Schwind in die Außenmauern der Celler Justizvollzugsanstalt mit Sprengstoff ein Loch gesprengt. Die unmittelbare Ausführung ist, so jedenfalls die regierungsamtliche Darstellung, durch einen Beamten des Bundesgrenzschutzes (GSG 9) erfolgt, während die Beamten des Verfassungsschutzes das Kommando gaben und das Umfeld sowie die Flucht sicherten. Die Ausführung der Tat war nicht ungefährlich: immerhin ist die Justizvollzugsanstalt Celle – das alte „Zuchthaus“ – die am besten gesicherte Anstalt des Landes. In kurzen Abständen sind in die Umfassungsmauer Wachtürme integriert, auf denen rund um die Uhr Beamte schußbereit Ausschau halten. Überdies gehen weitere Beamte ständig Streife an der Mauer. Die Streifenbeamten sind von dem eingeweihten Anstaltsleiter Kühling – welche Gedanken mögen ihm bei der Beteiligung an einem Anschlag auf die von ihm geleitete Anstalt gekommen sein? – zu einer nächtlichen Dienstbesprechung abgezogen worden. Die Beamten auf den Wachtürmen bleiben eine ständige Gefahr für die Sprengstoffattentäter. So sollte es ja auch sein. Der Anschlag gelang jedoch und die Täter konnten in ihren Fluchtautos entkommen.

Für sich gesehen ist dies eine vielleicht verbrecherische, jedenfalls eine absurde Geschichte. Sie bleibt absurd, wenn die Landesregierung

glaubhaft versichert, sie habe den Anschlag ausführen lassen, damit der seinerzeit beurlaubte Häftling Klaus-Dieter Loudil sich mit ihm brüsten und behaupten könne, er habe versucht, auf diese Weise Sigurd Debus zu befreien, sich so in dessen Vertrauen einschleichen und in die Terroristenszene gelangen können. Wer die Örtlichkeit nur ein wenig kennt, weiß, daß diese Geschichte von vornherein unglaublich klingen mußte, da noch weit schwierigere Hindernisse zu überwinden waren, um zu Sigurd Debus zu gelangen und ein solcher Befreiungsversuch mit Sicherheit hätte scheitern müssen.

Er wurde auch gleich dadurch unglaubwürdig, daß Debus nicht informiert war und von den heranstürmenden Beamten friedlich schlafend in seiner Zelle aufgefunden wurde. Die nicht informierte Celler Kriminalpolizei machte der mühsam aufgebauten Legende auch dadurch einen Strich durch die Rechnung, daß sie Grund der vorgefundenen Spuren von mehreren Tätern sprach.

Richter werden getäuscht

Anstaltsleiter Paul Kühling ordnete nach dem Anschlag gegen Sigurd Debus verschärfte Sicherheitsmaßnahmen an, schloß ihn insbesondere vom gemeinsamen Hofgang aus. Er begründete dies wider besseres Wissen mit dem Befreiungsversuch. Der Verteidiger von Debus, der Hamburger Rechtsanwalt Winfried Günemann rief gegen diese Maßnahmen vergeblich die Strafvollstreckungskammer beim Amtsgericht Celle an. Sie lehnte den Antrag unter Hinweis auf den – wie sich jetzt herausgestellt hat – wahrheitswidrigen Bericht des Anstaltsleiters Kühling ab. Das daraufhin angerufene Oberlandesgericht in Celle hatte einen besseren Riecher: es gab die Akten an das Amtsgericht mit der Auflage zurück zu prüfen, ob der Befreiungsversuch ernst gemeint war. War in Celle etwas durchgesickert? Jedenfalls war jetzt die Befreiung im Verzuge! Die Behörden entgingen dadurch, daß sie sich auf eine Verlegung nach Hamburg einigten und so die Kühlingsche Anordnung überholt war.

Gab es schon einen früheren „Befreiungsversuch“?

Folgt man amtlichen Mitteilungen, so muß es schon einen früheren „Befreiungsversuch“ gegeben haben. Nach diesen Mitteilungen haben niedersächsische Polizeibeamte am 6. Februar 1978 in Salzgitter versucht, einen schwarzen Mercedes 350 SL wegen eines defekten Bremslichtes zu stoppen. Der Fahrer sei geflüchtet und schließlich mit dem Wagen in einem Sandhaufen steckengeblieben. Der Fahrer sei zu Fuß geflüchtet. Im Wagen sei ein gefälschter Paß sowie Kleidung für Debus, auch Munition gefunden worden. Es sei, so eine Meldung, ein Befreiungsversuch von langer Hand generalstabsmäßig vorbereitet worden. Es halten sich Gerüchte, nach denen es sich bei dem Fahrer um Manfred Berger gehandelt haben soll, der auch als V-Mann für den Verfassungsschutz gearbeitet hat und der jedenfalls von

Landgericht Hannover später wegen krimineller Delikte in einem Geheimverfahren abgeurteilt worden ist. Im Urteil ist ihm strafmildernd seine Zusammenarbeit mit einer „niedersächsischen Landesbehörde“ zugute gehalten worden. Die Landesregierung verweigert jetzt jede Auskunft. Auffällig ist, daß Innenminister Möcklinghoff aus seinem Bericht für den Innenausschuß des Deutschen Bundestages die Worte „in Salzgitter“ eigenhändig herausgestrichen hat. Werden hier Spuren verwischt, die – so lauten Vermutungen – auf den Detektiv Maus hinweisen? Jedenfalls würde so ein wenig verständlicher, warum der Untersuchungsausschuß des Niedersächsischen Landtages Maus nie zu Gesicht bekommen hat.

Der Präsident des Niedersächsischen Verfassungsschutzamtes, Peter Frisch, hat jetzt auf meine Frage, ob die Berichte zu Salzgitter zuträfen, erklärt, er könne „diese Tatsache“ nicht bestätigen. – Tatsache? Freud läßt grüßen! Auf meine weitere Frage, ob in dem Entwurf, aufgrund dessen dem Innenausschuß des Deutschen Bundestages Bericht erstattet wurde, vom Innenminister Möcklinghoff – während des gemeinsamen Hubschrauberfluges von Hannover nach Bonn – die Worte „in Salzgitter“ gestrichen wurden, war die Antwort, dies sei geschehen, um niemanden zu gefährden. Damit können wir auch diesen Punkt abhaken. Und der Leser dieser Zeilen weiß mehr, als die Abgeordneten des Deutschen Bundestages erfahren durften.

Vertuschungsversuche

Die Niedersächsische Landesregierung mußte bald eine Erfahrung machen, die zum Wissen eines jeden erfahrenen Kriminellen gehört: Eine Straftat mit so vielen Mitwissern ist nicht geheimzuhalten. Dies gilt wohl erst recht – und diese Erfahrung ist neu, wenn die Mitwisser in Amt und Würden sind. Die Tat sprach sich mehr und mehr herum. Freilich zunächst nicht bis zum Generalbundesanwalt Rebmann; er hat sich bitter darüber beklagt, daß die niedersächsischen Behörden ihn haben im Dunkeln tappen lassen. Jedenfalls entschloß sich die Landesregierung, den Vorsitzenden der SPD-Fraktion im Niedersächsischen Landtag, Karl Ravens, ins Vertrauen zu ziehen. Und der Brave schwieg, anstatt Krach zu schlagen. Ich selbst habe auf einer Podiumsdiskussion vor drei Jahren im Gymnasium in Langenhagen erstmals öffentlich von dem Anschlag berichtet. Der ebenfalls auf dem Podium mitwirkende (jetzige) Präsident des Niedersächsischen Verfassungsschutzamtes, Peter Frisch, hat meine Darstellung als absurd abgetan. Vielleicht wäre es auch zuviel verlangt, in dieser Lage von einem Verfassungsschutzbeamten die Wahrheit zu verlangen. Die anwesenden Abgeordneten der Landtagsparteien aber zeigten kein Interesse. Aus der Verwicklung von Karl Ravens, und vor diesem Hintergrund wird vielleicht deutlich, warum die SPD-Fraktion eine öffentliche Debatte im Landtag vor den Wahlen scheut, scheuen muß. Als jetzt das Geheimnis offenbar wurde, blieb Niedersachsens Ministerpräsident Albrecht nur die Vorwärtsverteidigung. Er bekannte sich zu seiner Mitwisserschaft und fügte hinzu, er werde gegebenenfalls wieder so handeln. Zuzutrauen ist ihm dies, hat er doch vor Jahren in einem staatsphilosophisch gemeinten Buch sogar die Folter unter gewissen Umständen gerechtfertigt.

Verklemmungs-Ideologie

Mit dem Thema Ehe und Familie hatte sich in einer Konferenz der Freien Evangelischen Gemeinden in Friedensdorf Bundesvorsteher Karl-Heinz Knöppel auseinandergesetzt. Sehr kritisch sieht seine Ausführungen Jürgen Roth vom Bundesvorstand der Humanistischen Union aus Marburg.

Die Äußerungen des Bundesvorstehers der Freien Evangelischen Gemeinden, Karl-Heinz Knöppel, über die Bedeutung von Ehe und Familie haben bei mir tiefe Entrüstung hervorgerufen.

Der ungeheuerliche Satz von 300.000 „im Mutterleib hingerichteten Kindern“ als „Kennzeichen eines moralischen Niedergangs und einer sterbenden Kultur“ ist als demagogisch zurückzuweisen. Herr Knöppel hätte die Möglichkeit gehabt, eine ehrliche Bestandsaufnahme der Ursachen vorzunehmen, die familiäre Probleme mit sich bringen: Massenarbeitslosigkeit verbunden mit finanziellen und psychologischen Auswirkungen, die Doppelbelastung von Frauen in Beruf und Familie und ihre überkommenen Benachteiligungen. Die sinkende Integrationskraft der Familie, die eben nicht mehr als Gesamtheit den Lebensunterhalt für jedes ihrer Mitglieder bestreitet, bedürfte ebenfalls der eingehenden Erörterung.

Das genaue Gegenteil dieser Ursachenforschung unternimmt Knöppel. Er behauptet, die verbesserten wirtschaftlichen und rechtlichen Grundlagen der Ehe, das Scheidungsrecht und die sexuelle Aufklärung seien für die Übel der Welt verantwortlich. Selbstredend unterliegen auch die als „unzüchtig“ gebrandmarkten sexuellen Beziehungen vor der Ehe dem Bannfluch des sittenstrengen Klerikers. Dessen aufklärungsfeindliches Lamento könnten wir mit lässigem Achselzucken hinnehmen und uns mit der Gewißheit trösten, daß der Einfluß dieser sich christlich gebärdenden Verklemmungs-Ideologie in der Öffentlichkeit stetig abnimmt.

Angesichts der unerhörten Diffamierung von Frauen, die in ihrer Not eine Abtreibung vornehmen lassen, ist eine derart nachsichtige Beurteilung jedoch nicht mehr vertretbar. Wer davon spricht, es „gebe keinen gefährlicheren Platz“ (als den Mutterleib), und bei Schwangerschaftsabbrüchen handele es sich um „Hinrichtungen“, legt eine gefährliche Mischung von Unwissenheit und dogmatischer Verblendung an den Tag. Die beklagte rechtliche Gleichstellung der Frauen und der (nur ansatzweise) erfolgte Verzicht des Staates, Frauen ohne Rücksicht auf ihre persönliche Situation zur Aufrechterhaltung der Schwangerschaft zu zwingen, waren von jeher die Zielscheibe fundamental-klerikaler Eiferer. Anstatt durch Aufklärung und Information über moderne Verhütungsmethoden Abtreibungen (mit ihren unbestrittenen medizinischen und psychologischen Belastungen) zu begrenzen, diffamiert Knöppel auch diese Ansätze als zutiefst unchristlich.

Er fällt damit in ein Denken zurück, das jede Thematisierung von Sexualität strikt ablehnt und mit allen Mitteln bekämpft. Die aufgeklärte Öffentlichkeit muß sich diesen rückschrittlichen Tendenzen mit aller Deutlichkeit widersetzen, damit der gesellschaftliche Dialog über diese Fragen nicht an der Tabu-Mentalität einer Handvoll ewig Gestriger scheitert.

gez. Jürgen Roth
Bundesvorstand
Humanistischen Union

Oberhessische Presse 23.4.1986

Richter rügen Justizminister

Der jetzige, an dem Attentat nicht beteiligte, Justizminister, Walter Remmers, kam seinem Ministerpräsidenten Albrecht zu Hilfe. In einer Pressekonferenz stellte er fest, daß durch das Sprengstoffattentat Strafgesetze nicht verletzt seien. Die Richter und Staatsanwälte in der Gewerkschaft ÖTV haben ihn deswegen gerügt. Als oberster Dienstvorgesetzter der Staatsanwälte des Landes hätte er schweigen müssen, um deren Entscheidung über eine etwaige Strafverfolgung abzuwarten. Der Patzer von Remmers wiegt um so schwerer, als die niedersächsische CDU kurz zuvor den offensichtlich unberechtigten Verdacht aufgebracht hatte, der Justizminister des Landes Nordrhein-Westfalen habe die Bonner Staatsanwälte veranlaßt, ein Ermittlungsverfahren gegen Bundeskanzler Kohl wegen Falschaussage einzuleiten. Dieser Justizminister war jedoch klüger gewesen; er hatte sich zurückgehalten. Der Patzer von Walter Remmers war auch deshalb ein Fehler, weil sich niemand wundert, daß die Lüneburger Staatsanwaltschaft ein Ermittlungsverfahren schon nach wenigen Tagen eingestellt hat.

Rechtstreue untergraben

Der Fall ist ein Eldorado für Strafrechtler. Ich will ihre Überlegungen hier nicht ausbreiten. Ich will nur so viel sagen, daß m.E. ein Sprengstoffver-

brechen nach § 311 StGB vorliegt, weil eine Sprengstoffexplosion herbeigeführt ist und hierdurch mindestens das Leben der ausführenden Beamten gefährdet worden ist. Wichtiger erscheint mir, daß der Staat selbst nicht nur die Celler Gefängnismauer, sondern den Rechtsstaat beschädigt hat. Was soll der Bürger von „seinem“ Staat halten, wenn er seine höchsten Repräsentanten in Sprengstoffanschläge verwickelt sieht, die gemeinhin nur Terroristen zugeordnet werden? Was soll er in Zukunft denken, wenn er von terroristischen Anschlügen hört? War dies wirklich ein Terrorist oder der von mir gewählte Ministerpräsident? Und wird nicht jedermann bei Straftaten unterhalb dieser Ebene sich leicht eine Entschuldigung zurechtlegen? Und wie werden in Zukunft Richter mit amtlichen Erklärungen auch höchster Stellen umzugehen haben.

Besonders peinlich ist das Bekanntwerden dieses Vorfalles gerade zum jetzigen Zeitpunkt, wenn die Regierung mit den Überwachungsgesetzen neue Vollmachten für Verfassungsschutz und Polizei begehrt, für diesen Verfassungsschutz und diese Polizei?

Doch in der Tat: Wir brauchen Überwachungsgesetze, um eine bessere Kontrolle von Verfassungsschutz und Polizei zu ermöglichen!

Nicht der Bürger, der Staat muß besser überwacht werden!
Ulrich Vultjeus

Kurzberichte – Informationen – Einladungen

Berlin

Anfang April führte der Berliner Landesverband eine Diskussionsveranstaltung zum Thema „Sicherheitsgesetze“ durch, auf der die Schwierigkeit, effektive Widerstandsaktionen zu finden, deutlich wurde. Vertreter der HU Berlin beteiligten sich inzwischen auch am „Berliner Koordinationstreffen gegen Überwachung“.

Anfang Mai trafen sich mehrere Mitglieder von HU und amnesty international am U-Bahnhof Kochstr., um sich einen Eindruck von den Ausländer-Kontrollen zu verschaffen. Diese Kontrollen werden seit dem Anschlag auf eine Berliner Diskothek auf Anordnung der Alliierten durchgeführt. In einem Brief an die Stadtkommandanten forderte die HU die Einstellung dieser Kontrollen.

Die HU Berlin hat an einer Anhörung zu struktureller Gewalt gegen Frauen teilgenommen. Veranstalter war die Gleichstellungsstelle der SPD.

Bremen

„Staatsschutz total“ war das Thema einer Podiumsdiskussion Anfang Mai im Bremer DGB-Haus, zu der zahlreiche Veranstalter, darunter auch die Humanistische Union eingeladen hatte. Mit auf dem Podium war Prof. Jürgen Seifert, der die Regierungspläne als einen „Schritt in die Richtung der polizeilichen Allzuständigkeit“ bezeichnet hat.

Dortmund

Wir beabsichtigen, eine Dokumentation über die Arbeit und die Aktionen der HU in Dortmund von 1961 bis heute zusammenzustellen. Wer sich dafür interessiert, Materialien dazu hat oder mitarbeiten möchte, melde sich **bitte gleich** bei: F. Tjaden, Arneckestr. 16, 46 Dortmund 1, Tel. 12 65 40.

Freiburg

Auf Anregung der HU-Freiburg hat sich ein „Aktionskreis gegen die Überwachungsgesetze“ gebildet. Mit einem gemeinsamen Flugblatt (Auflage 20.000) hat sich der Aktionskreis bekannt gemacht. Bei einer ersten Veranstaltung Mitte April „Sicherheitsgesetze – Volkszählung durch die Hintertüre“ sprachen Prof. Narr, Berlin, und Peter Dreßen vom DGB-Freiburg sowie Vertreter des Aktionskreises. Es wurde verabredet, Stadtteilinitiativen zu bilden, die die Arbeit in kleineren Bereichen fortführen sollen.

Hannover

Bei einer Diskussions-Veranstaltung zum Petitionsrecht haben die Podiumsteilnehmer, darunter Jürgen Seifert und Werner Holtfort, die Frage aufgeworfen „Bürgerrecht gegen Staatswillkür oder bloß ein Kummerkasten?“ denn: in seiner 10. Legislaturperiode (bis zum 31.12.85) hat die Niedersächsische Landtag 5287 Bitten und Beschwerden von Bürgern und Bürgergruppen beschieden. Er hat die Regierung aufgefordert, 48 davon zu berücksichtigen, 104 weitere (erneut) zu „erwägen“. Als Material für etwaige künftige Neuregelung wurden 298 der

Regierung überwiesen. 158 wurden zurückgenommen oder an andere Parlamente abgegeben. 3794 aber waren ohne jeden Erfolg!

Landesverband Bayern

Ende April trafen sich die bayerischen Ortsverbände zur diesjährigen Landesversammlung in Augsburg. Landessprecher Bernd Fricke nahm Stellung zu den Vorgängen in Wackersdorf und im Münchner Stadtteil Haidhausen, zu dem staatlich durchgeführten Terror-Anschlag in Celle und zum Asylrecht und der Behandlung von Asylanten.

Schwerpunkt der Arbeit werden weiterhin die Überwachungsgesetze sein.

Landesverband NRW

Die Landeskonferenz vom 12. Juni wählte einen neuen Landesvorstand; als Landessprecher wurde Horst Lewandowsky (Essen) wiedergewählt. Weitere Vorstandsmitglieder sind Elke Kügler, Karl-Erich Lotz und Helge Klawitter. Ein Schwerpunkt der nächsten Monate soll das Thema Ausländerwahlrecht sein.

Das Thema „Kirche“ wurde ebenfalls diskutiert; es herrschte Einigkeit, daß dieses HU-Thema nicht vergessen werden darf, heute aber vielleicht in anderen Formen angegangen werden muß als vor 25 Jahren. Wir wollen versuchen, Mosaiksteinchen für das Vordringen christlichen Fundamentalismus in allen Bereichen zunächst einmal zu sammeln, später vielleicht in geeigneter Form auszuwerten (Schulen und sonstiges Bildungswesen, Abtreibung, Lebensformen, „Religionsbeschimpfungs“-Prozesse usw.). **Kontakt: Karl-Erich Lotz, Römerstr. 85, 5300 Bonn 1.**

Mannheim-Ludwigshafen

Am 21. März wählte die Mitgliederversammlung einen neuen Vorstand. Eckbert Eckrich berichtete ausführlich über die Arbeit des Ortsverbandes und Gudrun Dierdorf stellte beim Kassenericht dar, daß dieser Vorstand trotz geringer Mittel gut gewirksam hatte. Eckbert Eckrich und Gudrun Dierdorf wurden jeweils bei einer Enthaltung wiedergewählt.

Der Schwerpunkt der künftigen Arbeit wird weiterhin in der Auseinandersetzungen mit den Sicherheitsgesetzen liegen. Es werden weiterhin 14tägige Treffen verabredet, die sich seit 1985 sehr gut bewährt haben; die Treffen finden statt im „Forum der Jugend“, Neckarpromenade 46.

Marburg

Die im Februar gegründete „Marburger Initiative gegen den Überwachungsstaat“ hatte im April zu einer Informationsveranstaltung „Legal in den Überwachungsstaat?“ eingeladen. Nach Ansicht des Hamburger Juristen Martin Kutschka haben die umstrittenen Gesetze die Funktion eines „Einschüchterungsinstrumentes gegenüber dem Bürger“ und eines „Frühwarnsystems für die Regierenden“. Er forderte von der Marburger Initiative, breite Aufklärungsarbeit zu leisten, um auch dem sog. Normalbürger zu verdeutlichen, daß er betroffen ist.

Anfang Mai fand in Marburg eine Mitgliederver-

sammlung mit der Neuwahl eines Ortsvorstandes statt: Wiedergewählt wurde – wie konnte es anders sein – Jürgen Roth, zu seinem Stellvertreter wählte man Christian Klostermann. Strafvollzug aber auch die Grenzen des Strafrechts hat man sich als Schwerpunktthemen der nächsten Zeit vorgenommen.

München

Die Humanistische Union München hat im Mai zu folgenden Veranstaltungen eingeladen: – „Menschenlandschaften“ – ein Abend für Asylsuchende – Theater, Lieder, Gedichte, Berichte von und mit Hanne Hiob, Günter Wallraff und vielen anderen. Diese Veranstaltung fand außerdem noch in Augsburg, Nürnberg und Berlin statt.

Erstaufführung der Bühnensfassung „Ganz Unten“ von Günter Wallraff „Legal in den Überwachungsstaat“ mit Falco Werkentin, CILIP, Berlin.

In der nächsten Zeit will man intensiv für die vom HU-Landessprecher Bernd Fricke ins Leben gerufene Initiative „David gegen Goliath“ stoppt WAA Wackersdorf – Unterschriften sammeln.

Tübingen

In einem Brief an den Bundespräsidenten wurde große Empörung darüber zum Ausdruck gebracht, daß das Bundesverdienstkreuz (im Namen des Bundespräsidenten) verliehen wurde an einen Mann, der während der Nazizeit freiwillig der Sipo/SD angehörte, SS-Hauptsturmführer war und in besetzten Gebieten während des Krieges als öffentlicher Ankläger fungierte. In letzter Zeit war der Ordensträger Beisitzer im KdV-Ausschuß und hatte die Gewissensentscheidung junger Kriegsdienstverweigerer zu überprüfen! Eine Antwort des Bundespräsidenten liegt – nach ca. 4 Monaten – leider noch nicht vor.

Bildungswerk Bayern

Gemeinsam mit dem Bund für Geistesfreiheit räsionierte das Bildungswerk – anläßlich der Landeskonferenz – in Augsburg über „Kirchliches – Allzu Kirchliches – Antikirchliches“. Ebenfalls in Augsburg gab es zum Muttertag eine Muttertagsmatinee mit kritischen Texten zum Thema „Mutter – Tochter“.

Bildungswerk NRW

– in Zusammenarbeit mit anderen Gruppen wird vom 18.–20. Juli ein Kongreß „Radiophantasten“ veranstaltet; es geht dabei um die Zukunft der Medien-Landschaft, insbesondere von Lokalradios und der Möglichkeiten der Bürger und Bürgerinnen, sich einzumischen, nach der Vorlage des Mediengesetz-Entwurfs in NRW.

– Therapie für Vergewaltigter? Wochenendseminar am 8./9.11.1986 in Oer-Erkenschwick – sowie Angebote zum Bildungsurlaub (Sonderprogramm)

Genaue Informationen beim Bildungswerk der HU NRW, Kronprinzenstr. 15, 4300 Essen 1, Tel. 0201/227982.

Verlag: Humanistische Union e.V., Bräuhausstraße 2, 8000 München 2, Telefon (0 89) 22 64 41 / 42

Erscheinungsweise: 1 x vierteljährlich

Für diese Mitteilungen ist Helga Killinger verantwortlich, für den Diskussionsenteil Norbert Reichling, Schillerstraße 10, 4270 Dorsten.

Bezugspreis im Mitgliedsbeitrag der Humanistischen Union enthalten

Konten: Bank für Gemeinwirtschaft München 1700678600
Postgiro München 1042 00-807

Beilagen: Offener Brief, Werbekarte

Redaktionsschluß der nächsten Mitteilungen: 28. 7. 1986